

Sozialkürzungen verhindern In Zusammenhalt investieren

Umfrage zur finanziellen Lage der
sozialen Arbeit

#Sozialinvestieren

- 1. Knapp zwei Drittel** der Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege mussten aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in den vergangenen beiden Jahren ihre Angebote einschränken oder ganz einstellen.
- 2. Mehr als drei Viertel** der Befragten rechnen damit, ihre Angebote auch 2025 weiter zurückfahren zu müssen.
- 3. Mehr als 70 Prozent** der Einrichtungen und Organisation befürchten, dass sich die Reduzierung der Angebote negativ auf demokratisches Engagement vor Ort auswirken wird.

Einführung

Derzeit erstellt die Bundesregierung den Haushaltsentwurf für 2025. Vor dem Hintergrund der durch das Finanzministerium kommunizierten Sparzwänge, treibt viele Menschen die Frage um: Wo wird gekürzt werden? Und welche Folgen wird dies haben?

Mit der vorliegenden Umfrage wollten wir – die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege – ergründen, in welcher finanziellen Lage unsere Einrichtungen und Dienste dem Haushaltsentwurf entgegensehen. Wie resilient ist das System angesichts des anhaltenden Spardrucks? Und welche Potentiale bleiben auf der Strecke?

Bereits 2022¹ und 2023² haben Befragungen durch die Wohlfahrtsverbände gezeigt, dass die Träger der gemeinnützigen sozialen Arbeit unter erheblichem finanziellem Druck stehen. Steigende Lohnkosten, Preissteigerungen und stetig wachsende Bedarfe, z.B. im Bereich der Migrationsberatung oder der Altenhilfe, werden kaum oder gar nicht durch Fördermittelgeber und Kostenträger ausgeglichen. Damit wird sogar jede „Nullrunde“ zum realen Verlust an Handlungsspielraum – und jede Kürzung gefährdet das Überleben von Angeboten und ihren Trägern.

Die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen, dass eine Trendwende bei der Finanzierung der sozialen Arbeit bisher ausgeblieben ist. Schlimmer noch: Der Abwärtstrend scheint sich zu beschleunigen.

Methodisches und Stichprobe

Die teilstandardisierte Online-Umfrage bestand aus 11 Fragen und fand im Zeitraum 7. bis 16. Juni 2024 statt. Die Teilnahme war anonym und freiwillig. Beworben wurde die Umfrage über Mail-Verteiler und Newsletter der beteiligten Wohlfahrtsverbände sowie über die sozialen Medien. Insgesamt gingen 8297 valide Fragebögen ein.

¹ Der Paritätische (2022): Soziale Infrastruktur vor dem Aus? Dramatische Kostensteigerungen gefährden den Bestand sozialer Einrichtungen und Dienste. [online: [umfrage-energiekosten-2021_web.pdf](https://www.paritaetische.de/umfrage-energiekosten-2021-web.pdf) (der-paritaetische.de)].

| Tabelle 1 Teilnehmer*innen nach Bundesland | |
|---|------|
| Baden-Württemberg | 662 |
| Bayern | 1221 |
| Berlin | 287 |
| Brandenburg | 262 |
| Bremen | 74 |
| Hamburg | 115 |
| Hessen | 439 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 212 |
| Niedersachsen | 422 |
| Nordrhein-Westfalen | 2369 |
| Rheinland-Pfalz | 314 |
| Saarland | 80 |
| Sachsen | 260 |
| Sachsen-Anhalt | 99 |
| Schleswig-Holstein | 287 |
| Thüringen | 133 |
| in mehreren Bundesländern bzw. bundesweit | 89 |

Die teilnehmenden Organisationen/ Einrichtungen sind gemeinnützige Organisationen, wobei diese insbesondere aus Mitgliedschaft und Untergliederungen der beteiligten Verbände stammen. Es gibt Teilnehmer*innen aus allen Bundesländern (Tabelle 1) und es beteiligten sich 89 Organisationen, die in mehreren Bundesländern bzw. bundesweit aktiv sind.

| Tabelle 2 Organisationen nach Größe (Anteil in %) Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter*innen | |
|--|-------|
| weniger als 10 Mitarbeitende | 23,38 |
| 10-49 Mitarbeitende | 27,28 |
| 50-199 Mitarbeitende | 23,13 |
| über 200 Mitarbeitende | 26,21 |

„Der soziale Frieden ist gefährdet. Armut vergrößert sich. Integrationsprozesse stagnieren. Gesundheitliche Probleme nehmen zu.“

² Arbeiterwohlfahrt (AWO), Der Paritätische, Diakonie Deutschland (2023): Soziale Angebote vor dem Aus – Umfrage zur finanziellen Lage der sozialen Arbeit. [online: [umfrage-soziale-angebote-in-gefahr_2023_0.pdf](https://www.awo.org/umfrage-soziale-angebote-in-gefahr-2023-0.pdf) (awo.org)].

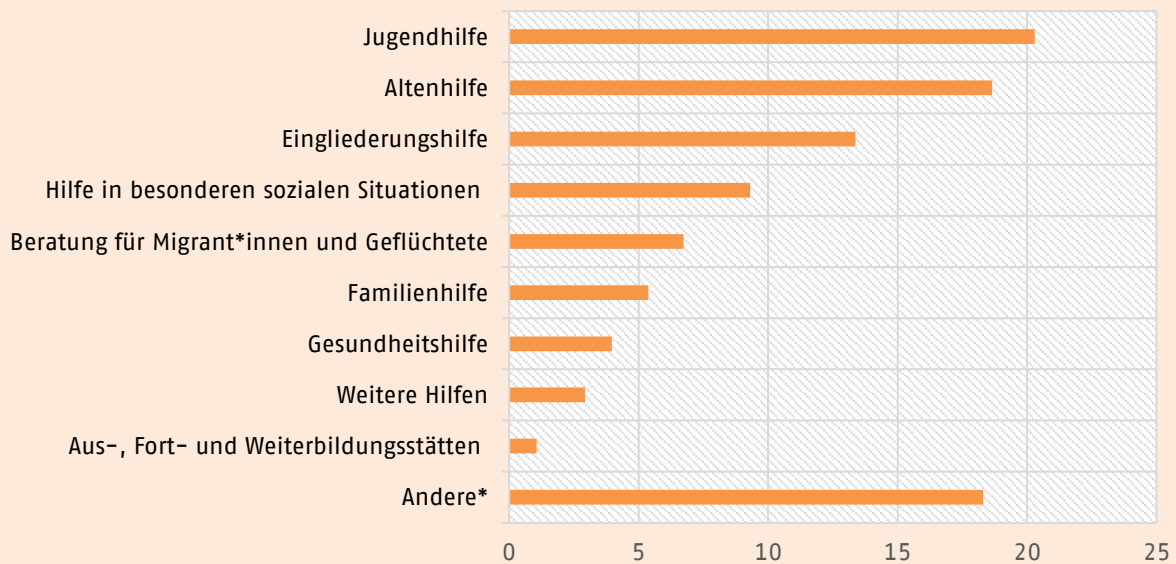
Nach den Beschäftigtenzahlen haben kleine, mittlere und große Organisationen zu etwa gleichen Teilen an der nicht-repräsentativen Umfrage teilgenommen (Tabelle 2). Die Befragten decken dabei alle Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit ab. Die am stärksten vertretenen Tätigkeitsfelder sind die Jugendhilfe, Altenhilfe und Eingliederungshilfe, die zusammen mehr als 50 Prozent der Teilnehmer*innen ausmachen (Abbildung 1). Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Einrichtungen und Organisationen betreuen oder beraten jeden Tag mehr als 100 Menschen.

Diese Zahlen stehen im starken Kontrast dazu, wie die Befragten die Angebotslage in ihren Tätigkeitsfeldern vor Ort einschätzen: 65,4 Prozent sind der Meinung, dass entsprechende soziale Angebote in ihren Kommunen und Regionen nicht oder nur teilweise ausreichend vorhanden sind (siehe Abbildung 3).

Damit wird deutlich: In einer Situation, in der Angebote im sozialen Bereich in weiten Teilen des Landes fehlen, führten fehlende Finanzierungszusagen dazu, dass sich das Angebot weiter verknappt hat.

Abbildung 1

Tätigkeitsfelder: Anteil der befragten Organisationen (in %)



*u.a. Suchthilfe, Schuldnerberatung, Schwangerenberatung, Freiwilligendienste

Entsprechend ist auch das gesamte Spektrum unterschiedlicher Finanzierungsformen sozialer Arbeit vertreten, insbesondere aber Entgelt- über Zuwendungsfinanzierung.

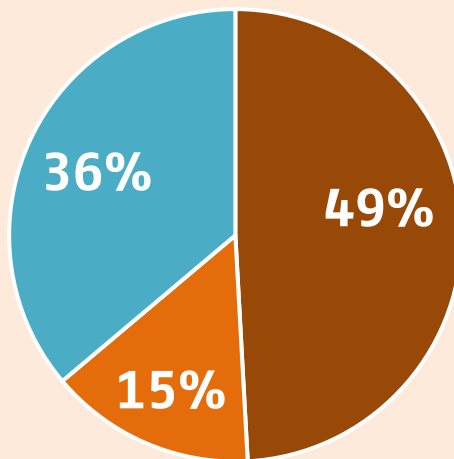
Knapp zwei Drittel haben Angebote bereits gekürzt oder eingestellt

63,8 Prozent der Befragten gaben an, dass sie aufgrund von Finanzierungsproblemen in den letzten beiden Jahren bereits Angebote und Leistungen einschränken mussten. Bei 14,7 Prozent der Befragten führte dies sogar dazu, dass Angebote und Leistungen gänzlich eingestellt werden mussten (siehe Abbildung 2).

„Gerade präventive Angebote (sowohl in der Gesundheitshilfe als auch in der Kinder- und Jugendhilfe) können zunehmend weniger angeboten werden. Dies führt nur kurzfristig zu Einsparungen. Langfristig, wenn mehr Menschen medizinische Hilfe benötigen oder Familien nicht rechtzeitig unterstützt werden, werden die Schäden für die Gesellschaft und die Kosten (z.B. Beratungsleistungen vs. stationäre Jugendhilfe) deutlich steigen.“

Abbildung 2

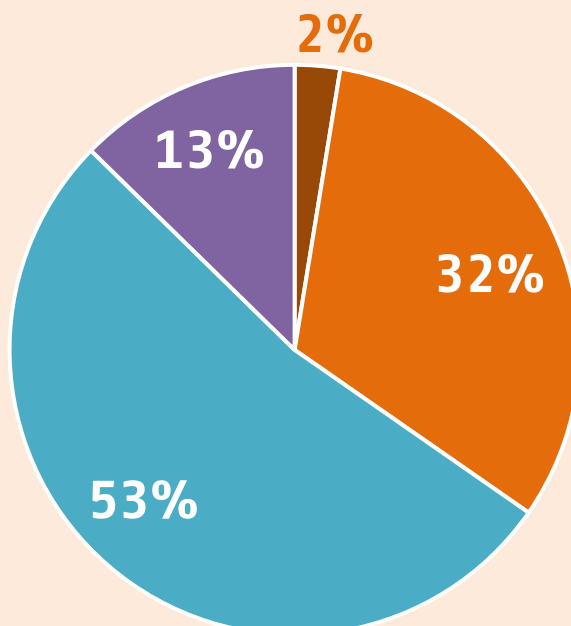
Mussten Sie finanziell bedingt, auf Grund von Kostensteigerungen und/oder Kürzungen, in den letzten zwei Jahren bereits Angebote/Leistungen für Ihre Klient*innen einschränken oder ganz einstellen? (in %)



- Ja, Angebote/Leistungen mussten etwas eingeschränkt werden.
- Ja, Angebote/Leistungen mussten ganz eingestellt werden.
- Nein, bisher waren keine kostenbedingten Reduzierungen der Angebote/Leistungen nötig.

Abbildung 3

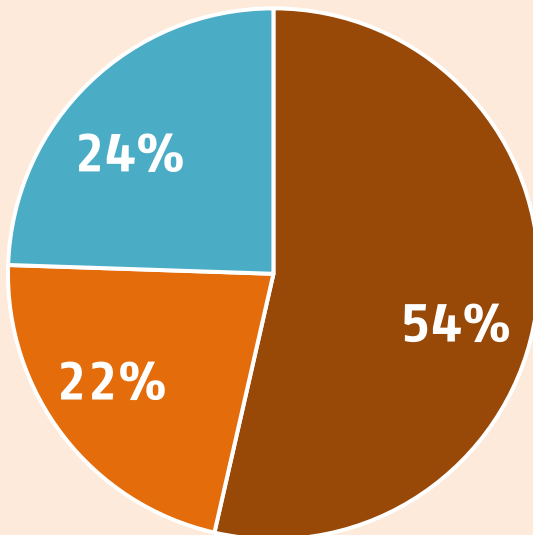
Ist das Angebot an sozialen Diensten in Ihrem Arbeitsfeld vor Ort ausreichend? (in %)



- Ja, voll und ganz
- Ja, weitgehend
- Nein, nur teilweise
- Nein, überhaupt nicht

Abbildung 4

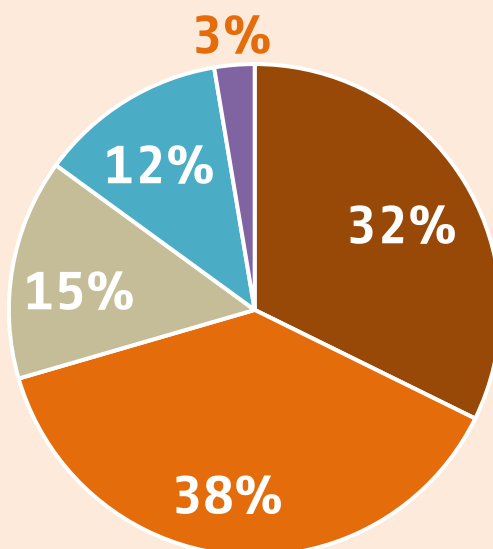
Rechnen Sie damit, dass Sie im Jahr 2025 Angebote/Leistungen für Ihre Klient*innen einschränken oder ganz einstellen müssen? (in %)



- Ja, wir rechnen damit, Angebote/Leistungen etwas einschränken zu müssen.
- Ja, wir rechnen damit, Angebote/Leistungen ganz einstellen zu müssen.
- Nein, bisher sind keine kostenbedingten Reduzierungen der Angebote/Leistungen absehbar.

Abbildung 5

Erwarten Sie, dass aufgrund der wegfallenden Angebote in Ihren Einrichtungen auch die Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement für das Gemeinwesen vor Ort abnehmen werden? (in %)



- Ja, eindeutig
- Ja, möglicherweise
- Weiß nicht
- Nein, eher nicht
- Nein, überhaupt nicht

Mehr als drei Viertel erwarten weitere Einschränkungen des Angebots

Auch im kommenden Jahr ist nicht davon auszugehen, dass der Rückbau sozialer Infrastrukturen aufgehalten oder gar umgekehrt werden wird: 75,6 Prozent der Befragten erwarten, dass sie 2025 weitere Angebote und Leistungen zurückfahren müssen. Dabei gaben 22 Prozent an, dass Angebote und Leistungen ganz wegfallen könnten (siehe Abbildung 4). Statt einer Trendwende wird damit eine weitere Verschärfung der Angebotsunterdeckung erwartet.

„Es ist wichtig, dass unsere Angebote erhalten bleiben, um den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht zu werden und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen.“

„Die Leute werden im Stich gelassen.“

Weitreichende Auswirkungen: Auch freiwilliges Engagement in Gefahr

Unter denjenigen Befragten, die von einer Kürzung oder dem Wegfall von Angeboten und Leistungen im kommenden Jahr ausgehen (N=4504) herrscht eine große Angst, auch freiwilliges Engagement vor Ort zu verlieren.

Vielfach sind die Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege in ihren Quartieren, Städten und Regionen Ankerpunkte für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Mit dem Wegfall von hauptamtlichen Strukturen droht damit auch ein Rückgang bei den Möglichkeiten, sich für das soziale Gemeinwesen und damit für die Demokratie einzusetzen.

70,5 Prozent der Befragten sind sich sicher oder befürchten, dass dieses Engagement durch den Wegfall ihrer Angebote und Leistungen ebenfalls zurückgehen wird (siehe Abbildung 5).

Impressum:

Herausgeber*innen: Arbeiterwohlfahrt (AWO), Deutscher Caritasverband e.V., Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

AWO Bundesverband e.V.

Blücherstraße 62 – 63, 10961 Berlin

Telefon +49 030/26309 – 259

E-Mail: info@awo.org

Internet: www.awo.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claudia Mandrysch, AWO Bundesverband e.V.

Gestaltung: AWO Bundesverband e.V.

19. Juni 2024